

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wiedemannsche Druckerei
Bismarckstr. 10
Telefon: 10111
Verlag: W. L. Wiedemann
Bismarckstr. 10/11

Abonnementpreise: Inland 1,20 M., Ausland 1,50 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Anzeigenpreise: Die erste Zeile zu 100 Pf., die zweite zu 80 Pf., die dritte zu 60 Pf., die vierte zu 50 Pf., die fünfte zu 40 Pf., die sechste zu 30 Pf., die siebte zu 20 Pf., die achte zu 15 Pf., die neunte zu 10 Pf., die zehnte zu 8 Pf., die elfte zu 6 Pf., die zwölfte zu 5 Pf., die dreizehnte zu 4 Pf., die vierzehnte zu 3 Pf., die fünfzehnte zu 2 Pf., die sechzehnte zu 1 Pf., die siebenzehnte zu 1 Pf., die achtzehnte zu 1 Pf., die neunzehnte zu 1 Pf., die zwanzigste zu 1 Pf., die einundzwanzigste zu 1 Pf., die zweiundzwanzigste zu 1 Pf., die dreiundzwanzigste zu 1 Pf., die vierundzwanzigste zu 1 Pf., die fünfundzwanzigste zu 1 Pf., die sechsundzwanzigste zu 1 Pf., die siebenundzwanzigste zu 1 Pf., die achtundzwanzigste zu 1 Pf., die neunundzwanzigste zu 1 Pf., die dreißigste zu 1 Pf., die einunddreißigste zu 1 Pf., die zweiunddreißigste zu 1 Pf., die dreiunddreißigste zu 1 Pf., die vierunddreißigste zu 1 Pf., die fünfunddreißigste zu 1 Pf., die sechsunddreißigste zu 1 Pf., die siebenunddreißigste zu 1 Pf., die achtunddreißigste zu 1 Pf., die neununddreißigste zu 1 Pf., die vierzigste zu 1 Pf., die einundvierzigste zu 1 Pf., die zweiundvierzigste zu 1 Pf., die dreiundvierzigste zu 1 Pf., die vierundvierzigste zu 1 Pf., die fünfundvierzigste zu 1 Pf., die sechsundvierzigste zu 1 Pf., die siebenundvierzigste zu 1 Pf., die achtundvierzigste zu 1 Pf., die neunundvierzigste zu 1 Pf., die fünfzigste zu 1 Pf., die einundfünfzigste zu 1 Pf., die zweiundfünfzigste zu 1 Pf., die dreiundfünfzigste zu 1 Pf., die vierundfünfzigste zu 1 Pf., die fünfundfünfzigste zu 1 Pf., die sechsundfünfzigste zu 1 Pf., die siebenundfünfzigste zu 1 Pf., die achtundfünfzigste zu 1 Pf., die neunundfünfzigste zu 1 Pf., die sechzigste zu 1 Pf., die einundsechzigste zu 1 Pf., die zweiundsechzigste zu 1 Pf., die dreiundsechzigste zu 1 Pf., die vierundsechzigste zu 1 Pf., die fünfundsechzigste zu 1 Pf., die sechsundsechzigste zu 1 Pf., die siebenundsechzigste zu 1 Pf., die achtundsechzigste zu 1 Pf., die neunundsechzigste zu 1 Pf., die siebenzigste zu 1 Pf., die einundsiebzigste zu 1 Pf., die zweiundsiebzigste zu 1 Pf., die dreiundsiebzigste zu 1 Pf., die vierundsiebzigste zu 1 Pf., die fünfundsiebzigste zu 1 Pf., die sechsundsiebzigste zu 1 Pf., die siebenundsiebzigste zu 1 Pf., die achtundsiebzigste zu 1 Pf., die neunundsiebzigste zu 1 Pf., die achtzigste zu 1 Pf., die einundachtzigste zu 1 Pf., die zweiundachtzigste zu 1 Pf., die dreiundachtzigste zu 1 Pf., die vierundachtzigste zu 1 Pf., die fünfundachtzigste zu 1 Pf., die sechsundachtzigste zu 1 Pf., die siebenundachtzigste zu 1 Pf., die achtundachtzigste zu 1 Pf., die neunundachtzigste zu 1 Pf., die neunzigste zu 1 Pf., die einundneunzigste zu 1 Pf., die zweiundneunzigste zu 1 Pf., die dreiundneunzigste zu 1 Pf., die vierundneunzigste zu 1 Pf., die fünfundneunzigste zu 1 Pf., die sechsundneunzigste zu 1 Pf., die siebenundneunzigste zu 1 Pf., die achtundneunzigste zu 1 Pf., die neunundneunzigste zu 1 Pf., die hundertste zu 1 Pf.

Druck u. Verlag: Wiedemann & Wiedemann
Bismarckstr. 10/11
Telefon: 10111
Verlag: W. L. Wiedemann
Bismarckstr. 10/11

Genf als Konferenzort erneut abgelehnt

Englands Geschäftsträger bei v. Neurath

Berlin, 17. Okt. Wie wir erfahren, ist der englische Geschäftsträger Newton heute nachmittag wieder beim Reichsaußenminister gewesen, um ihm abermals eine Einladung zu der Wächterzusammenkunft in Genf zu überbringen. Der Reichsaußenminister konnte ihm aber die frühere Antwort wiederholen, daß Deutschland aus den bekannten Gründen Genf als Ort der Konferenz abzulehnen müsse.

Es ist nunmehr anzunehmen, daß jetzt Verhandlungen über einen anderen Konferenzort beginnen werden. Jedenfalls gelten die Verhandlungen noch nicht als abgeschlossen. Man rechnet vielmehr in politischen Kreisen nach wie vor mit dem Zustandekommen der Konferenz.

Macdonald bedauert Deutschlands Haltung

London, 17. Okt. Ministerpräsident Macdonald hielt am Montag auf einem von der nationalen Arbeiterpartei ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück im Hotel Trocadero eine bedeutende Rede, in der er auch die Abrüstungsfrage und die deutsche Gleichberechtigungsforderung zur Sprache brachte. Zur Abrüstungsfrage führte Macdonald folgendes aus: „Das Genf bezieht, so kann die englische Nationalregierung sich Europa und die Welt nicht ohne den Völkerbund vorstellen. Darüber hat niemals irgendein Zweifel bestanden. Wir stehen für den Völkerbund, und wir stehen für das Völkerbundsstatut. (Beifall.) Ich wünsche eine Abrüstung, die ein wirklicher Beitrag zu dem Problem, den Frieden zu bereiten, ist. Es besteht aber eine Frage, die zuerst geregelt werden muß, bevor die Abrüstung wirksam werden kann. Das ist das Problem, dem wir ins Auge sehen müssen.“

Deutschland weiß sehr gut und hat es schon seit einiger Zeit gewußt, daß England — auf dieser rein moralischen

Grundlage — sich nicht dem deutschen Wunsch widersetzt, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden.

Deutschland weiß auch, daß wir sehr besorgt sind, Deutschland und seine Nachbarn in Beziehungen größeren Vertrauens zu bringen. Dieser uninteressierte Wunsch auf unserer Seite ist und war eines der führenden Ziele der Politik der englischen Nationalregierung. Wenn er jetzt in Erfüllung geht, werden die Folgen sicherlich die Abrüstung erleichtern und den Frieden sichern.

Alles zielt auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über die deutsche Forderung zu sichern, nicht nur für einen Punkt, und daher müssen wir die ganze deutsche Forderung kennen. Bei der Vorbereitung der zu erzielenden Abkommens sollte Deutschland wirklich einsehen, daß es anwesend sein muß und mit und allen in einen Meinungsaustausch treten kann, um die notwendige Auskunft zu erhalten. Unser Wunsch, der ein Wunsch der englischen Nationalregierung ist, ist, daß Deutschland mit uns mitkommen soll, und daß wir alle zusammengehen wollen, damit am Ende unserer Besprechungen wir wie eine Abordnung vor die Abrüstungskonferenz hingehen und sagen können: „Ihr seid festgenommen. Wir aufnehmen machen nun diesen Beitrag zur Vereinfachung der Hindernisse.“

Ich bedauere auf das tiefste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen aus Gründen, deren Substanz für mich schwierig zu ermitteln ist.

Ich hoffe ernstlich, daß Deutschlands neueres Wort nicht auch sein letztes Wort sein wird. Die englische Regierung fährt fort, ihr Ziel zu verfolgen und hofft, in nächster Zeit eine weitere Mitteilung über die Angelegenheit machen zu können.“

Kleppers doppelte Moral

Endlich hat das durch Jahrtausende gültige Wort des alten Ben Aiba, es sei alles schon einmal dagewesen, eine Widerlegung gefunden. Es war in der Tat in der Geschichte der deutschen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse noch niemals da, daß ein Antrag eine Mehrheit fand, der, an die Staatsanwälte sofort gerichtet, nichts weniger verlangt, als einen Minister sofort verhaften zu lassen, weil dringend der Verdacht der Verdunkelungsgefahr und Fluchtmöglichkeit bestünde. Was allerdings an Material von den Berichterstattern vorgelegt wurde und sich lediglich auf amtliche Feststellungen gründete, ist so schwerwiegend, daß der Ausschuss es in seiner Mehrheit für geboten erachtete, die ganze Angelegenheit sofort der Justiz zu übergeben. Der Mann, mit dessen Taten sich jetzt die preussische Oberstaatsanwaltschaft beschäftigt, ist der preussische Finanzminister Klepper, Sozialdemokrat und Mitglied des amtierenden roten Preuskabinetts Braun-Seydewitz. Er war — oder ist er es noch? — einer der prominentesten Vertreter des Marxismus in Preußen. Wir würden es nicht zu sagen wagen, wenn es nicht das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, — heute ein unerschütterlicher Eideschwörer — am 23. März 1929 mit dem klaffenden Satz bekräftigt hätte: „Klepper ist aber der Repräsentant eines neuen Systems volkswirtschaftlich-kaufmännischer Politik, das für die Zukunft auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse richtig ist.“ Ein charakteristisches und prophetisches Wort Kleppers ist allerdings der Repräsentant jener nachkriegsintelligenz, die sich das sozialdemokratische Parteizentrum und so eine rasche und sichere Karriere machten. Als die Sozialdemokratie nach der Eroberung der Macht planmäßig daran ging, nicht nur die Ministerien und die nachgeordneten Staatsstellen bis herunter zum Landratsamt mit ihren Anhängern zu besetzen, ergab sich bald, daß die alten Parteileute nicht genügend Sachkenntnis mitbrachten, um auf die Dauer das Staatsgeschiff allein steuern zu können. Damals öffneten sich die Tore für die junge Intelligenz, die bereit war, sich zum Marxismus zu bekennen. Herr Klepper gehört zu diesen Leuten. In den Jahren nach der Revolution noch Marburger Student, ist er im Jahre 1928 bereits allmächtiger Präsident des mächtigsten Finanzinstituts des Staates, der Preußenkasse. Zweifellos verdankt Klepper seinen laubhaften Aufstieg nicht nur dem Parteibuch. Er muß viel Klugheit und jene Gewandtheit aufgebracht haben, die man im vergangenen System benötigte, um emporzukommen. Aber halten wir uns an die Worte des „Vorwärts“. Er hat es verstanden, sich zum Vertreter der „volkswirtschaftlich-kaufmännischen Politik“ zu machen, die „vom Standpunkte der Arbeiterklasse aus richtig ist“. Nebenbei: der „Vorwärts“ pflegt Marxismus immer mit Arbeiterklasse zu umschreiben. Wir werden ja sehen, daß Kleppers Tätigkeit zwar der Sozialdemokratischen Partei und auch dem mit ihr verbündeten Zentrum sehr nützlich war, jedoch bestimmt nicht der Arbeiterklasse. Aber dieser Mißbrauch mit dem Wort „Arbeiterklasse“ für Parteizwecke nimmt ja heute niemanden mehr wunder.

Der Tatbestand ist, kurz gesagt, folgender: Der junge, gewandte Klepper stellt seine Intelligenz der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung, die ihn dafür an eine entscheidende Stelle setzt, und er seinerseits hält sich dafür für verpflichtet, sein Amt einseitig im Interesse der Belmarter Koalition, in erster Linie der Sozialdemokratie und des Zentrums, zu verwalten. Er verfährt dabei skrupellos, denn — und das ist das Besondere für unser bisheriges Parteiensystem! — er sieht sich ja nicht als Diener einer überparteilichen Staatsgewalt, sondern als Diener einer Parteiengruppe, die die Macht im Staate inne hat, als Exponent seiner Partei, als den sich ein anderer preussischer Machthaber, der von der Rechten zur Sozialdemokratie hinübergewechselt Kultusminister Grimme, in sunstlicher Offenheit bezeichnet hat. Klepper tat gegenüber dem Untersuchungsausschuss sehr erstaunt, von Korruption könne doch keine Rede sein, denn er habe sich an den 200 000 Mark, um die er die Preußenkasse allein für Parteizwecke schädigte, ja gar nicht persönlich bereichert. Und er fährt in aller Unsicherheit fort, es bestünde nun einmal eine doppelte Moral im politischen Leben, indem eine Regierung immer das tue, was ihr staatspolitisch (dies: parteipolitisch) wichtig erscheine. Eine Regierung von entgegen gesetzter politischer Einstellung würde das gerade Gegenteil tun. Das sei immer so gewesen und werde immer so sein. Hier irrt der im Banne der marxistischen Geschichtsauffassung stehende Minister jedenfalls gewaltig. Vielleicht muß man es Herrn Klepper verzeihen. Denn er ist erst im Parteilager durch die Partei Beamter geworden. Aber sollte er niemals etwas von dem alten deutschen Berufsbeamtentum gelehrt haben, das einst den Stolz und den Rufm Deutschlands in der ganzen Welt ausmachte und das seit der Revolution verästelten Widerstand gegen das Eindringen der Gewöhnung leistet, zu der sich Herr Klepper soeben mit einer rein anmutenden, aber raffinierten Offenheit bekant hat? In dem Staate Bismarcks, der nicht der Spielball wechselnder Parteilager war, gab es allerdings keine doppelte Moral, weder für die Regierung, noch für ihre

Schweres Eisenbahnunglück bei Temesvár

18 Tote, 18 Schwerverletzte

Budapest, 17. Okt. „Wie die „Donau-Post“ aus Temesvár (Rumänien) meldet, hat sich in der Umgebung der Stadt ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 18 Tote und viele Verwundete forderte.“

Der Zug hatte um 17.40 Uhr Temesvár verlassen; er war in der Hauptstraße mit Arbeiterpartei (sic) auf dem Geleise von ihren Arbeitstätten besetzt. Eine 1,5 Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen plötzlich die beiden letzten Wagen des Zuges beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und kürzten um. Die beiden Wagen, ein Personenzug und der Postwagen, wurden noch etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Von den 88 Insassen wurden 17 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Die Leichen von drei Männern und vier Frauen sind so zerstückelt, daß ihre Erkennung bisher nicht möglich war. Von 18 Schwerverletzten sind bereits auf dem Transport zum Krankenhaus. Man befürchtet, daß 12 Verletzte nicht mit dem Leben davonkommen werden. Der Postenverwalter, der seit 12 Jahren an dieser Stelle den Posten versieht, wurde festgenommen; es steht jedoch bisher nicht fest, ob ihm wirklich eine Schuld trifft, da es sich um eine automatische Weiche handelt.

Deutsche Journalisten bei Paris verunglückt

Paris, 17. Okt. In unmittelbarer Nähe von Paris ereignete sich in der Nacht zum Montag ein Automobilunglück, bei dem der deutsche Journalist Karl Mertens und die junge Dichterin Frieda Adam getötet sowie ein anderer deutscher Journalist, Arthur Seeband aus Rassel, verletzt wurden. Mertens lag am Steuer, als auf der rechten Seite der Landstraße plötzlich das Schicksal eines Lastwagens aufleuchtete, der dort halt gemacht hatte. Es gelang dem Führer nicht mehr, das Auto zum Stehen zu bringen, mit 70 Kilometer Geschwindigkeit raste er auf den Lastwagen. Mertens und die junge Dame waren auf der Stelle tot, während Seeband mit unvollständigen Verletzungen davonkam. — Bei Mertens handelt es sich mit größter Wahrscheinlichkeit um den Mitarbeiter Professor Förster, der in Deutschland unter der Anklage des Vandalismus steht.

Zusammenstoß zweier englischer Schlepper

Harmonth, 17. Okt. In der Höhe von Lowestoft sind heute zwei englische Schlepper zusammengestoßen. Der eine Dampfer ist gesunken. Vier Mann seiner Besatzung ertranken, die anderen fünf wurden von dem zweiten Schleppdampfer gerettet.

Hugenberg über die Kontingentierungspolitik

Polemik gegen Dr. Luther

Büchel, 17. Okt. Geheimrat Hugenberg hielt heute hier eine Wahlrede, in der er zur Frage der Kontingentierung Stellung nahm. Die Form der Einführung des Kontingentensystems, erklärte Dr. Hugenberg, sei nicht jedwem gleichgültig gewesen; denn

so etwas mache man auf einen Schlag, ohne jemanden zu fragen.

Die Verteilung der Kontingente müßte so erfolgen, daß das einzelne fremde Land eine gewisse Größe von der noch ungenutzten Einfuhr erhalte, eine Quote, die danach bemessen sein sollte, in welchem Maße der deutsche Handelsverkehr mit dem betreffenden Lande aktiv ist. — Wenn die gegenwärtige Regierung bei der Einführung der Kontingentierung anders vorgegangen sei, so sei das nur in einer Hinsicht den leitenden Männern zur Last zu legen. Sie hätten übersehen, daß man neue Methoden nicht durch Mitarbeiter in die Praxis der Politik einführen könne, die jahrelang diese neuen Methoden bekämpft hätten. Das Rückschlagen von Kontingenten, fuhr Hugenberg fort, sei letzten Endes einfacher als das System der Devisenbewirtschaftung, unter dem Deutschland heute leide und das

von der „international beeinflussten Reichsbank“ aus gehandhabt

werde. Deutschland müsse dieses System vor allem loswerden. Es bedeute, daß bis in die feinsten Glieder unserer Wirtschaft hinein das Ausland auf dem Wege über die Reichsbank seine Einflüsse spielen läßt. Um es abzuschaffen zu können, müßten im Wege der Schuldenregelung die deutschen Zins- und Tilgungszahlungen an das Ausland auf den Betrag heruntersgesetzt werden, den Deutschland in Form von Warenexporten bezahlen könne.

Die gegenwärtige Reichsbank laßt, fuhr Dr. Hugenberg gegen Schluß seiner Rede aus, wie ein schwerer Alp auf der ganzen deutschen Wirtschaft und verhindeere immer von neuem die Maßnahmen, die Deutschland und die ganze Welt zur Gesundung führen könnten und die mit Inflation oder dergleichen nicht das mindeste zu tun hätten.

Abchiedsbesuche Botschafter v. Doelsch

Paris, 17. Okt. Botschafter v. Doelsch ist heute von seinem Urlaub nach Paris zurückgekehrt. Er wird am Freitag vom Präsidenten der Republik in Abschiedsaudienz empfangen. Mittwoch veranstaltet Herriot ihm zu Ehren ein Frühstück.